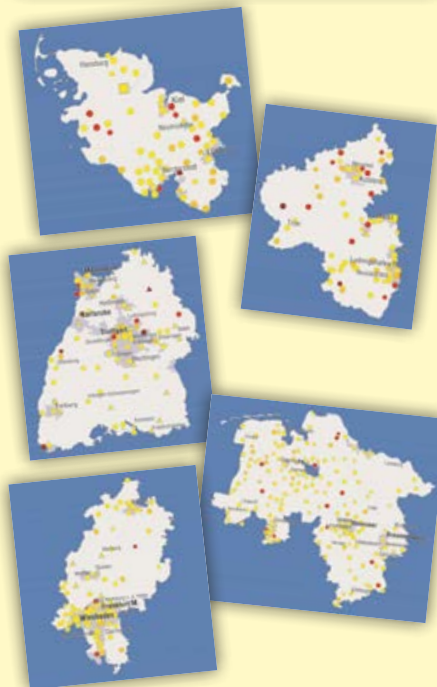


**Liebe Leserin, lieber Leser,**

die Kriminalitätsbelastung ist in Deutschland rückläufig. Die Gefahr extremistischer Anschläge bleibt bestehen, konkretisiert sich nur in ganz seltenen Fällen. Das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ spielt regelmäßig in den Wahlkämpfen auf Bundes- und Länderebene eine wichtige Rolle. Auch infolgedessen werden Sicherheitsbehörden weiter verstärkt. Gleichwohl steigt das Unsicherheitsgefühl in Teilen der Bevölkerung und beeinflusst die politische Willensbildung in der Gesellschaft, in den Parteien sowie bei den politischen Verantwortungsträgern. Wie soll damit umgegangen werden? Polizei und Kommunen ringen miteinander, um ihren Ressourceneinsatz aufeinander abzustimmen und geeignete Kooperationsformen zu finden. Mehr Sichtbarkeit von Polizei und Ordnungskräften insbesondere auch in ländlichen Räumen wird häufig gefordert und von Politikern versprochen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 8. August 2019 titelte „Kommunen fordern ein Gesamtkonzept für öffentliche Sicherheit“ und berichtete z. B. über die Stadt Brandenburg an der Havel, wo bereits seit 10 Jahren Polizisten/-innen und Mitarbeiter/-innen des Ordnungsamtes in einem Sicherheitszentrum zusammenarbeiten. In Hessen hat die Landesregierung 2017 KOMPASS ins Leben gerufen, um durch kleine Veränderungen die inzwischen 50 mitmachenden Kommunen sicherer zu gestalten. Das KOMMUNALPROGRAMM-SicherheitsSiegel zielt unter Nutzung vorhandener Strukturen wie etwa einem Präventionsrat auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Polizei und Kommunen. Polizeiliche Berater/-innen wirken z. B. in „Kommunalen Sicherheitskonferenzen“ mit, um für die örtlichen Probleme, Sorgen und Ängste maßgeschneiderte Lösungsansätze zu entwickeln ([www.kompass-hessen.de](http://www.kompass-hessen.de)).

Mit der Bestandsaufnahme „Kommunaler Präventionsgremien 2018“ wird deutlich, dass der Ansatz einer integrierten „Kommunalen Kriminalprävention (KKP)“ von etwa 600 Städten und Gemeinden in Deutschland – auf die Anzahl aller Kommunen bezogen eher zurückhaltend – genutzt wird. Wenn nun Bund, Län-



der und Kommunen über ein „Gesamtkonzept“ sprechen und parteiübergreifende Lösungsvorschläge erarbeiten wollen, könnten die Ergebnisse auch den kommunalen Kooperationsansätzen zur Sicherheitsgestaltung zugutekommen und ihre Akteure stärken.

DFK und NZK leisten im Rahmen einer Tagung mit den Landespräventionsräten Ende September einen Beitrag zur Stärkung kommunaler Präventionsgremien. Es soll u. a. die Frage erörtert werden, wie zentrale Service- und Beratungsstellen auf Bundes- und Landesebene die kommunale Präventionsarbeit besser unterstützen können. Anschließend sollen neue Impulse für das kommu-

nale Präventionsmanagement erarbeitet werden.

Effektive Präventionsarbeit ist einerseits von guten Kooperationsstrukturen abhängig, andererseits kommt es ganz besonders auf die konzeptionelle Qualität sowie eine professionelle Durchführung der präventiven Maßnahmen an. Evaluationen können zu Umsetzungsprozess und Wirksamkeit von Präventionsarbeit wertvolle Erkenntnisse liefern, die Entscheidungsträgern die weitere Steuerung erleichtern sowie den Praktikern helfen, ihre Arbeit zu verbessern.

Für die Islamismusprävention haben *Simone Ullrich & Team* Kriterien entwickelt, die abbilden können, ob die Ziele präventiver Maßnahmen in diesem Bereich erreicht werden oder nicht. Es ist ein standardisierter Kriterienkatalog entstanden, dessen Entwicklung und Anwendung im Beitrag „Evaluationskriterien für die Islamismusprävention (Evis)“ beschrieben wird.

Der Artikel „Effekte bei der Prävention von Rechtsextremismus“ von *Olga Schmidt, Marcus Kober & Davis Adewuyi* fasst die Ergebnisse der im August 2019 erschienenen systematischen Übersichtsarbeit zu den Methoden und Ergebnissen von Studien zur Evaluation von Rechtsextremismusprävention zusammen.

*Dirk Baier & Maria Kamenowski* haben vier Internetangebote evaluiert, die der Online-Radikalisierung vorbeugen sollen. Ziel war es, Wissen über die Umsetzung von Pilotprojekten zu Gegen- bzw. alternativen Narrativen zu gewinnen sowie Verbesserungs- und Weiterentwicklungspotenziale zu identifizieren.

Liebe Leserinnen und Leser, angesichts zunehmender sozialer und emotionaler Polarisierung in Deutschland und Europa bleiben Demokratieförderung und Extremismusprävention zentrale politische und gesellschaftliche Aufgaben. *Erich Fried* warnt zu Recht: „Dann wieder. Was keiner geglaubt haben wird – was keiner gewußt haben konnte – was keiner gehnt haben durfte – das wird dann wieder das gewesen sein – was keiner gewollt haben wollte.“

Ich wünsche Ihnen eine erträgliche und ertragreiche Lektüre und verbleibe mit guten Wünschen für die Herbstzeit.

**Ihr Wolfgang Kahl**